

Ulrich von Alemann

Die politischen Parteien in der Glaubwürdigkeitskrise?

Prof. Dr. Ulrich von Alemann, geb. 1944 in Seebach/Thüringen, studierte in Münster, Köln, Bonn und Edmonton/Kanada, ist Professor für Politikwissenschaft an der Fernuniversität-Gesamthochschule Hagen und Direktoriumsmitglied am Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V. an der Universität-Gesamthochschule Duisburg.

Glaubwürdigkeit der Parteien - ein tiefer Fall

Die in der Öffentlichkeit unter den Bezeichnungen „Barschel/Pfeiffer-Affäre“ beziehungsweise „Pfeiffer/Barschel-Affäre“ bekanntgewordenen Aktivitäten des früheren Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Uwe Barschel, und seines Medienreferenten, Reiner Pfeiffer, haben in ihrem Ausmaß und in ihren Wirkungen zu einer *der größten Vertrauenskrisen* in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland geführt - so beginnt der Bericht des Untersuchungsausschusses des Kieler Landtages.¹ Und er fährt fort: „Das gilt sowohl für die Kultur des politischen Streits im demokratischen Staat insgesamt wie auch für die Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der politischen Parteien und des Parlaments. Unabhängig von ihrer Verstrickung in den Skandal haben alle Parteien unter dem *allgemeinen Vertrauensentzug* der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Politikern, Parteien, Regierungen und Parlamenten zu leiden. Die Aufklärungsarbeit des ‚Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses‘ steht ebenso wie die geplante Neuwahl eines schleswig-holsteinischen Landtages unter der Maxime, *Vertrauen und Glaubwürdigkeit* wieder aufzubauen durch politischen Neuanfang.“²

1 Schleswig-Holsteiner Landtag (Hrsg.), Der Kieler Untersuchungsausschuß. Die Fragen und die Antworten. Oktober 1987 - Januar 1988, Kiel 1988, S. 1.

2 Schleswig-Holsteiner Landtag a.a.O. S. 1 (kursiv vom Verf.).

Und so zieht es sich weiter als Leitmotiv durch den ganzen Bericht, ob in der Einleitung die Präsidentin des Landtages hofft, daß durch die Arbeit des Untersuchungsausschusses „die repräsentative Demokratie Glaubwürdigkeit zurückgewinnt“, ob die CDU in ihrem Bewertungsteil „durch eine rückhaltlose Aufklärung aller Mißstände und Verfehlungen ein Stück Glaubwürdigkeit zurückgewinnen“³ will, oder ob der Abgeordnete Meyer des Südschleswigschen Wählerbundes beklagt: „Dieser Verlust an Vertrauen und Glaubwürdigkeit in die Politik allgemein ist ohne Zweifel einer der schwerwiegendsten Folgerungen aus dieser Affäre.“⁴

Natürlich ist Glaubwürdigkeit auch der Schlüsselbegriff in der Medienberichterstattung über die Affäre. Die Dramaturgie dieses Skandals hätte von dem Autor eines Polit-Thrillers kaum effektvoller konstruiert werden können.

Was ist eigentlich in diesem tiefsten Fall von Glaubwürdigkeitskrise der Bundesrepublik passiert? Wie kam es dazu? In die Schlußtage eines eher provinziellen und peripheren Landtagswahlkampfes platzte die Enthüllungsgeschichte des Spiegels über „Barscheis schmutzige Tricks“. Die Meldungen werden von der Landesregierung heruntergespielt, und es wird kaum für nötig gehalten, sie zu dementieren. Nach der Landtagswahl am 13. September 1987 werden immer mehr Fakten durch den Medienreferenten Pfeiffer des Ministerpräsidenten Barschel bekannt. Barschel reicht Strafanzeige gegen Pfeiffers eidesstattliche Versicherung ein. Hektische Aktivitäten der Landesregierung antworten auf immer größere Unruhe in der Öffentlichkeit. Sie gipfeln in einer Pressekonferenz von Barschel am 18. September 1987, die als „Ehrenwort-Pressekonferenz“ in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen wird. Alle Vorwürfe werden von Barschel dementiert und mit zahlreichen eidesstattlichen Versicherungen von ihm selbst und von acht Mitarbeitern gekontert. Den Höhepunkt dieser fast ganztägigen Veranstaltung bildet die Versicherung Barscheis: „Meine Damen und Herren, über diese Ihnen gleich vorzulegenden eidesstattlichen Versicherungen hinaus gebe ich Ihnen, gebe ich den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Schleswig-Holstein und der gesamten deutschen Öffentlichkeit mein Ehrenwort, ich wiederhole, ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, daß die gegen mich erhobenen Vorwürfe haltlos sind.“⁵

Nach einem kurzfristigen Achtungserfolg bröckeln praktisch alle Verteidigungspositionen Barscheis von Tag zu Tag und verunsichern selbst seine eigene Partei, die vorher bedingungslos zu ihm hielt, so daß Barschel am 25. September 1987 seinen Rücktritt für den 2. Oktober 1987 ankündigt. Am gleichen Tag wird der parlamentarische Untersuchungsausschuß eingesetzt. Vier Tage später fährt Barschel in den Urlaub, während täglich neue Zweifel an seinen Aussagen nun auch durch die Staatsanwaltschaft Lübeck, die sich bisher auffällig zurückhielt, artikuliert werden.

3 Schleswig-Holsteiner Landtag a.a.O. S. 234.

4 Schleswig-Holsteiner Landtag a.a.O. S. 267.

5 Schleswig-Holsteiner Landtag a.a.O. S. 156.

Als am 9. Oktober 1987 die Fraktion der CDU noch konsequenter von Barschel abrückt und ihm die Mandatsniederlegung nach seiner Rückkehr nahelegt, scheint sich das Blatt endgültig gegen ihn gewendet zu haben. Am 11. Oktober wird Barschel in einem Hotelzimmer in Genf unter dubiosen Umständen tot aufgefunden. Die nie völlig aufgeklärten Begleitumstände deuten auf einen Selbstmord durch Medikamente hin, der so arrangiert wurde, daß auch ein Mord wahrscheinlich erscheinen kann.

Der Untersuchungsausschuß tagt von Oktober bis Anfang Februar 1988 und legt einen beeindruckenden und bedrückenden umfangreichen Bericht aller Fraktionen vor, der nicht nur ein bemerkenswertes Dokument der Zeitgeschichte bleiben wird, sondern auch in seiner Authentizität spannender zu lesen ist, als manche der schnell von Journalisten publizierten Bücher zur Affäre.⁶

Der Kern der Vorwürfe betrifft erstens die persönlichen Diffamierungen des Oppositionsführers der SPD, Björn Engholm, insbesondere durch anonyme Anzeigen wegen Steuerhinterziehung, Ausspähen des Privatlebens von Engholm und den Versuch, einen AIDS-Verdacht gegen ihn zu lancieren; zweitens die Zersetzungsversuche gegenüber den anderen beiden Oppositionsgruppen, den GRÜNEN und der Unabhängigen Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein; drittens die Beschaffung einer Abhörwanze für die Telefonanlage von Barschel, um den Verdacht umzulenken; viertens die Beteiligung von Mitarbeitern der Landesregierung am Wahlkampf der CDU; und fünftens die Mitwirkung von Privatunternehmen - wie der Springer-Verlag und die Firma Schwarzkopf - an Einstellung und Unterstützung der Aktivitäten von Pfeiffer.

Bis auf die letzten Punkte ist sich der Ausschuß in der Aufklärung und Verurteilung der Praktiken von Barschel und Pfeiffer überraschend einig. Nur in den politischen Bewertungen weichen die drei Fraktionen und der Abgeordnete Meyer voneinander ab, hier insbesondere in der Bewertung der Rolle der Landes-CDU und des Landesparteivorsitzenden Stoltenberg, denen von der SPD und Meyer Mitverantwortung für den schmutzigen Wahlkampf vorgeworfen wird, und der Rolle der Landes-SPD und insbesondere des Landesvorsitzenden Janßen und des Pressesprechers Nilius, denen von CDU und FDP Mitwissenschaft und unterlassene Aufklärung angelastet wird.

Die Verurteilung Barschels bleibt einhellig, dem selbst von der eigenen Partei vorgeworfen wird, daß er „verwerfliche Handlungen begangen (habe), den politischen Anstand verletzt und massive Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte Dritter vorgenommen (habe)“.⁷ Und weiter: „Der frühere Ministerpräsident Dr. Barschel war an den unlauteren und ungesetzlichen Machenschaf-

6 Jochen Bölsche (Hrsg.), Waterkantgate. Die Kieler Affäre. Eine Spiegel-Dokumentation, Göttingen 1987; Norbert Pötzl, Der Fall Barschel, Reinbek 1988; Heinz-Ludwig Arnold, Vom Verlust der Scham und dem allmählichen Verschwinden der Demokratie. Nach der Kieler Affäre, Göttingen 1988.

7 Schleswig-Holsteiner Landtag a.a.O. S. 235.

ten persönlich beteiligt."⁸ Und wenig später: „Der höchste Repräsentant des Landes Schleswig-Holstein, der betroffene Dr. Barschel, (hat) sein Amt mißbraucht und demokratische Rechte zum Ziele des Machterhalts mißachtet."⁹ Und zur „Ehrenwort-Konferenz" Barscheis erklärt die CDU: „Eine derartige Häufung von Unwahrheiten in einer öffentlichen Erklärung eines Regierungschefs ist ein in der Bundesrepublik Deutschland einmaliger Vorgang."¹⁰

In der Tat ist es allerdings ebenfalls absolut einmalig zu nennen, daß eine politische Partei der Bundesrepublik dermaßen eindeutig einen ehemaligen eigenen Spitzenrepräsentanten vorbehaltlos verurteilt. Ist die Barschel-Affäre nicht nur der Tiefpunkt an Glaubwürdigkeit eines Politikers und einer Landesregierung, sondern durch die schnelle und gründliche Bereinigung zugleich eine Sternstunde demokratischer Kontrolle und Aufklärungsarbeit? Ist denn der ganze Fall Barschel(s) für die Glaubwürdigkeit der Parteien wirklich so unerhört einzigartig? Wohl eher nicht.

In seiner erschreckenden Eindeutigkeit ist die Barschel/Pfeiffer-Affäre völlig singulär. Nie ist ein politischer Skandal so schnell, tiefgreifend und mit eindeutiger Schuldzuweisung selbst durch die eigene Partei bearbeitet worden wie hier. Man erinnere sich nur an die Spiegel-Affäre oder an die Flick-Affäre. Die Landtagswahl vom 8. Mai 1988 brachte ein konsequent eindeutiges Resultat: erdrutschartigen Verlusten von fast 10 Prozent der Stimmen der CDU standen ebenso hohe Gewinne der SPD gegenüber, die ihr höchstes Landtagswahlergebnis aller Länder seit Beginn der Bundesrepublik erreichte. Der Wähler reagierte klarer als alle Prognosen signalisierten. Er vergißt nicht so schnell wie manche meinen. Er urteilte nicht nur kristallklar zwischen SPD und CDU, sondern er gab auch der FDP für ihr Schwanken und ihr Klammern an eine CDU-Koalition die Quittung mit dem Verweis in die außerparlamentarische Opposition.

Die Erschütterung der politischen Landschaft reichte allerdings kaum vom nördlichsten bis in das südliche Bundesland Baden-Württemberg, wo im März gewählt worden war. Zwar verlor die CDU einige Prozentpunkte; aber Lothar Späth konnte die absolute Mehrheit an Mandaten behaupten, was als großer Erfolg bewertet wurde. Auch die drei Oppositionsparteien im Landtag - SPD, GRÜNE und FDP - verloren leicht bis deutlich Stimmen, während außerparlamentarische rechte Splittergruppen die einzigen Stimmengewinne verbuchen konnten. Ist das die Quittung für den Verlust an Glaubwürdigkeit und Vertrauen an die etablierten Parteien, zu denen gegen eigenes Sträuben nun auch die GRÜNEN gerechnet werden müssen? Es ist immerhin ein Indiz, wenn auch kein deutlicher Beweis, da es sich wohl in erster Linie um Integrationsprobleme des Modernitätskurses von Späths CDU am rechten Rand handelt. Immerhin muß zu denken geben, wenn alle Parteien eines Landtages Stimmen

⁸ Schleswig-Holsteiner Landtag a.a.O. S. 236.

⁹ Schleswig-Holsteiner Landtag a.a.O. S. 238.

¹⁰ Schleswig-Holsteiner Landtag a.a.O. S. 247.

abgeben müssen. Die Kontroll-, Korrektiv- und Alternativfunktion der Opposition ist dort jedenfalls gestört.

Parteien in der Vertrauenskrise-der Flick-Skandal

Auch andere Skandale der politischen Parteien hinterließen überraschend, bestürzend oder enttäuschend wenig - je nach Standpunkt - Spuren in nachfolgenden Wahlen. Die Flick-Affäre als „großes Netzwerk“ von politischer Korruption¹¹ hatte sich durch die ganze erste Hälfte der achtziger Jahre hindurchgeschleppt und viel breitere Kreise gezogen durch alle Parteien - wenn auch mit starken Abstufungen - und bezüglich illegaler, versteckter Parteienfinanzierung durch viele hundert Unternehmen. In dieser Zeitschrift sind seinerzeit die drei Ebenen des vielschichtigen Syndroms nachgezeichnet worden¹²: der engere Fall Flick mit seinem Korruptionsvorwurf wegen verdeckter Geldkuverts („Pfleger der Bonner Landschaft“ oder auch „Herrenausstattung“) an Parteien und Minister, die mit der Steuerbefreiung der Firma Flick befaßt waren; das ganze umfassende Netz illegaler kontinuierlicher Parteienfinanzierung durch dubiose Praktiken der Umwege und des Geldwaschens durch die Firma Flick und unzählige weitere Unternehmen; und schließlich die Versuche der Parteien, den Fall durch Amnestie zu bewältigen und durch neue unzulängliche Parteienfinanzierungsregeln zu bearbeiten. Politische Glaubwürdigkeit ist durch alle Dimensionen, aber gerade durch die letztere, beschädigt worden. „Das fehlende Unrechtsbewußtsein, das behauptet, es sei doch alles staatspolitisch achtbar, was parteipolitisch finanziert wurde, denn der einfache Handwerksmeister könne doch nicht wissen und so weiter, dies fehlende Unrechtsbewußtsein ist ein Symptom, das ungleich schwieriger zu heilen ist als irgendein spektakulärer Skandal in der Einzahl. Es ist die Stunde der Pharisäer, wenn gerade diejenigen das Hohelied der Staatsmoral anstimmen, die darauf pochen, es sei doch alles mit Recht und Ordnung zugegangen, ohne Gespür für politischen Stil und Moral.“¹³

Dieser damaligen Wertung ist kaum etwas hinzuzufügen. Pharisäertum bleibt ein Grundproblem gerade der politischen Kommunikation. Selten wird mit dem Brustton der Überzeugung vorgetragene Rhetorik so schonungslos entkleidet, wie nach der Ehrenwortkonferenz von Barsche! Diese Erfahrung ist neu. Das macht sehr nüchtern.

Nüchtern sind auch die Konsequenzen aus der Flick-Affäre zu konstatieren: Von den beiden ehemaligen FDP-Wirtschaftsministern verlor Friderichs seine Vorstandsposition in einer Großbank, Graf Lambsdorff sein Ministeramt; von Brauchitsch ging seiner Stellung als Generalbevollmächtigter der Flick-Gruppe verlustig und indirekt betroffen mußte Rainer Barzel sein Amt als Bundestagspräsident abgeben. In der weiteren Peripherie zahlten zahlreiche Unternehmer Strafbefehle wegen Steuerhinterziehung von insgesamt meh-

11 Paul Noack, Korruption - die andere Seite der Macht, München 1985.

12 Ulrich von Alemann, Politische Moral und politische Kultur in der Bundesrepublik - vergiften oder reinigen Skandale die Politik?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/1985, S. 258 - 269.

13 Alemann, a.a.O. S. 258 - 269.

reren Millionen D-Mark - viele Verfahren sind immer noch nicht abgeschlossen. Das große Reinemachen? Die ernste Katharsis ist dies sicher nicht gewesen. Ob beim Spendengebären eine abschreckende Wirkung durch die Flick-Affäre und die vielen Strafverfahren sowie eine reinigende Kraft durch die neuen Finanzregeln erreicht wird, kann erst in einigen Jahren entschieden werden.

Barschel- und Flick-Affäre waren sicher nicht die einzigen politischen Skandale der Bundesrepublik in den achtziger Jahren. In der Berliner Affäre um den ehemaligen Charlottenburger CDU-Baustadtrat Wolfgang Antes und sein politisches und kriminelles Umfeld ging es neben politischer Korruption im einzelnen um Mordversuch, Brandstiftung, Rauschgifthandel, Prostitution, Bestechung, Erpressung, Untreue, Urkundenfälschung, Betrug, unterschlagene Parteispenden. „Wir sind auf so ziemlich alles gestoßen, was das Strafgesetzbuch hergibt - außer auf die Vorbereitung eines Angriffskrieges“, so die sarkastische Bilanz eines Ermittlungsbeamten.¹⁴

Auch hier war zwar die publizistische Begleitmusik schrill, aber der Senat blieb vom Skandal um die im „Berliner Sumpf“ steckenden CDU-Politiker recht unberührt und aus Wahlen unbeschädigt. Fand die Glaubwürdigkeitskrise der Berliner Parteien nur in den Medien statt?

Politische Korruptionsaffären gedeihen nicht nur in der Subventionsatmosphäre Berlins, sondern in zahlreichen Städten der Republik. In Frankfurt geht es gegen einen Abteilungsleiter des Garten- und Friedhofsamtes, der im Februar 1987 unter dem Vorwurf verhaftet wurde, mehrere hunderttausend Mark von privaten Firmen angenommen zu haben,¹⁵ in Hamburg geht es um einen Schmiergeldskandal bei den Baubehörden, in den mindestens 150 Tatverdächtige quer durch die Behörden der Bauwirtschaft verwickelt seien.¹⁶ In Koblenz hat die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Beihilfe zum Betrug gegen den früheren CDU-Stadtverordnetenvorsteher H-J Hellwege erhoben¹⁷ sowie Ermittlungen gegen sieben Beamte des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung eingeleitet. In derselben Woche war dort ein Mitarbeiter des Amtes wegen Untreue und Bestechung zu vier Jahren Haft verurteilt worden.¹⁸ In Hamm wurde der frühere CDU-Wirtschaftsförderungsdezernent Winfried Masanek, der als „falscher Doppeldoktor“ von sich reden machte, zu sieben Jahren Haft wegen Betrugs verurteilt. Bestechlichkeit konnte nicht nachgewiesen werden, obwohl er 1,7 Millionen DM von der Deutschen Babcock AG entgegengenommen hatte.¹⁹ Und in Rosenheim wurde ein Betrugs- und Bestechungsskandal, in den mehrere städtische Bedienstete und Chefs von Rosenheimer Firmen verwickelt waren, vor Gericht ausgetragen.²⁰

14 Michael Sontheimer, Jochen Vorfelder, Antes & Co. Geschichten aus dem Berner Sumpf, Berlin 1986, S. 7.

15 Frankfurter Rundschau v. 2.11.1987.

16 Die Zeit v. 30.10.1987.

17 Frankfurter Rundschau v. 10. 9.1987.

18 Süddeutsche Zeitung v. 17. 7.1987.

19 Süddeutsche Zeitung v. 18. 7.1987.

20 Süddeutsche Zeitung v. 14. 7.1987.

Dies ist nur eine kleine Kostprobe aus meiner noch recht zufälligen Sumpfbütensammlung von lokalen politischen Skandalen des Jahres 1987, denen nicht die höhere Weihe von Spiegeltitelstorys zuteil wurde.

Ist die Bundesrepublik eine Skandalrepublik?

Es wäre völlig falsch, wenn man eine Skandalchronik der Bundesrepublik auf die politischen Parteien, Parteipolitiker und Mandatsträger begrenzen wollte. Den Gewerkschaften sitzt der Neue-Heimat-Skandal immer noch in den Knochen. Das läßt sich auch nicht so schnell ausschwitzen, wenn man sich erinnert, wie die Machenschaften von Vietor und Konsorten zwar offen auch in den eigenen Reihen empört gebrandmarkt wurden, aber dann panikartig eine Patentlösung im Verkauf des Konzerns an einen Berliner Bäcker namens Schiesser gesucht wurde - eine Scheinlösung, die sich prompt nach kurzer Zeit als eine besondere Art von Berliner-Luft-Geschäft entpuppte. Von jüngeren Enthüllungen über Spesengebaren in Edelbordells ganz zu schweigen. Auch hier winken Erinnerungen an das Milieu von Antes und Co.

Ähnliche geldwerte Leistungen brachte der Transnuklear-Skandal um die Hanauer Nuklearbetriebe ans Licht. Bestechung, Betrug und höchst gefährliche Schlamperei mit Atommüll und sogar Plutonium zeigten sich der verblüfften Öffentlichkeit. Mindestens 6 Millionen, vielleicht 15 Millionen oder mehr Schmiergeldzahlungen können geflossen sein,²¹ um Aufträge zu akquirieren und abzuwickeln. Die Tragweite dieser Affäre ist noch längst nicht bewältigt, ein Untersuchungsausschuß des Hessischen Landtages ist eingesetzt. Aber soviel kann schon behauptet werden: „Der Name Transnuklear steht heute nicht nur als Synonym für die Bestechlichkeit im Atomgeschäft; er steht auch für kriminellen und leichtsinnigen Umgang mit lebensgefährlichem Atomabfall.“²² Und er steht womöglich für Wahlmanipulation, weil wichtige Informationen vor der letzten Hessenwahl zurückgehalten wurden, um die Wahlchancen der bürgerlich-konservativen Parteien nicht zu stören.

Affären und Skandale, das zeigen diese letzten Fälle, sind keineswegs ein Privileg von Politik und Parteien. Unternehmen und Verbände sind nicht minder betroffen. Auch alle Fälle von politischer Korruption sind meist nur auf der einen Hälfte - die der Korruptierten - politisch, wie Flick-Affäre und Parteispendskandale zeigen. Die andere Hälfte - die der Korruptierenden - verfolgt eigene Interessen gegenüber der Politik. Nimmt man Subventionsbetrug, Steuervergehen und Wirtschaftskriminalität allgemein hinzu, so senkt sich Justitias Waagschale per saldo wohl eher zuungunsten des wirtschaftlichen Sektors und weit weniger der politischen Sphäre. Es ist eine Frage des Maßes.

Die Frage, ob die Bundesrepublik eine „korrupte Republik“ oder eine „gekaufte Republik“ ist, wie eine jüngst blühende Skandalliteratur behauptet,

²¹ Wirtschaftswoche v. 1.1.1988, S. 100.

²² Der Spiegel, 2/1988, S. 21.

tet,²³ läßt sich nur an Vergleichsmaßstäben beantworten. Ein Blick in die nördlichen, westlichen und südlichen Nachbarländer - Dänemark, Niederlande, Belgien, Frankreich, Schweiz, Österreich - und noch ein bißchen südlicher nach Italien lehrt, daß kein Grund besteht, dramatisch einen größeren Sittenverfall in der Bundesrepublik oder gar eine Untergangsstimmung im Sumpf der Dekadenz an die Wand zu malen. Keine Panik - aber genug Grund zur Sorge bleibt bestehen.

Glaubwürdigkeit in der Politik - eine politische Sekundärtugend?

Der Begriff Glaubwürdigkeit hat in der jüngsten Zeit schnelle Karriere in der politischen Publizistik gemacht. Mangelnde Glaubwürdigkeit wird allenthalben konstatiert. Wer ist noch glaubwürdig? Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker wird vornehmlich wegen seiner Glaubwürdigkeit gerühmt. Welche Person oder Institution kann eine gleich hohe Wertung erreichen? Vielleicht das Bundesverfassungsgericht oder die Bundesbank? Dann kommt wohl lange nichts. Es ist eigentlich ein merkwürdiger Begriff. Glaubwürdig hat ein Zeuge zu sein - würdig, daß man ihm glaubt. Glaubwürdigkeit findet sich in einer kleinen Auswahl von politikwissenschaftlichen und juristischen Lexika nicht verzeichnet. Glaubwürdigkeit und Vertrauen wurden nicht zufällig in dem Bericht des Kieler Untersuchungsausschusses oft gemeinsam angesprochen. Beides sind eigentlich persönliche und weniger politische Kriterien. Vertrauen schenkt man Menschen, die man so gut kennt, daß man sich auf sie verlassen kann. Das Vertrauen in das Funktionieren von Technik hat dagegen wohl genauso einen Knacks bekommen, wie ein Vertrauensvorschuß in Institutionen.

Es gibt Gründe, warum persönliche Kategorien zu politischen Kriterien werden. Dies hat mit der Personalisierung der Politik durch die Medien und der politischen Kommunikation der Parteien in ihrer Selbstdarstellung, insbesondere in Wahlkämpfen, zu tun. Persönliche Tugenden und personale Moral werden so zu politischer Ethik erhöht. Politisch gesehen ist jedoch eine personale Moral eine Sekundärtugend, die eine wichtige Voraussetzung, ein unverzichtbares Formelement ist, aber nicht den Inhalt, den politischen Kern ausmachen kann.

Die Medien brauchen die Schurken und die Helden. Die Langweiler dazwischen, die effektive Arbeit verrichten, zählen nicht oder werden als Oberlehrer und Aktenböcke abgemeiert. Die Dramaturgie der SPIEGEL-Geschichten leistet das exzellent. Glauben oder nicht glauben, das ist die einzige Frage. Hauptsache, der Leser glaubt die Geschichte. Glaubte man dem SPIEGEL, so wäre jede Partei und jede Bundes- oder Landesregierung in diesem Jahr, wenn sie der Berichterstattung würdig waren, mindestens einmal an inneren Konflikten zerbrochen.

²³ Siegfried Bluth, *Die korrupte Republik: Ein politisches und wirtschaftliches Sittengemälde*, Esslingen 1983.
Hans-Werner Kilz, Joachim Preuss, Flick, *Die gekaufte Republik*, Reinbek 1984.

Natürlich müssen Politiker glaubwürdig sein. Es ist eine entscheidende Voraussetzung, eine notwendige Vorbedingung. Aber es ist eben keine hinreichende Bedingung. Es reicht nicht. Der Bürger will nicht nur wissen, daß ein Politiker geradesteht, sondern auch wofür er steht. Erst recht gilt das für Institutionen. Man will sie an ihren Leistungen messen. Diese sollen vertrauenswürdig erbracht werden. In einer Demokratie sind die Leistungen der Regierenden ständig zu kontrollieren und zu kritisieren. Nicht nur Vertrauen, auch Mißtrauen ist eine politische Tugend der Demokratie - im Sinne von kritischer Wachsamkeit. Glaube an die Gemeinwohlorientierung der Regierung- das ist eine Tugend im Obrigkeitsstaat.

Krise der Parteien und die Krise der Parteienkritik

Wer könnte leugnen, daß die Parteien in der Krise sind? Anfang der siebziger Jahre stand das Parteiensystem in der Legitimationskrise. Zehn Jahre später nannte man die Krise „Parteienverdrossenheit“. Das waren nicht die ersten Krisen. Die politische Publizistik, Sozialwissenschaft und politische Akademien diskutieren seit dreißig Jahren immer neue Krisen der Parteien. Man kann mindestens zehn Krisen des bundesdeutschen Parteiensystems aufzählen:

- die Krise der in den Turm der Opposition verbannten SPD in den fünfziger Jahren;
- die Krise des CDU-Staates unter Adenauer bis weit in die sechziger Jahre hinein;
- die Krise der Aufhebung von Opposition durch Annäherung und schließlich Eintritt der SPD in das Kartell der Großen Koalition 1966;
- die Krise der Entstehung der APO im Gefolge der Großen Koalition;
- die Krise durch die Entstehung der NPD mit ihren Landtagserfolgen von 1966 bis 1969 und ihrem knappen Scheitern 1969 an der Fünf-Prozent-Klausel im Bundestag;
- die Krise der „Pendlerpartei“ FDP und ihr mögliches Verschwinden durch Wahlmißerfolg, Wahlrechtsänderung oder durch eigenes Zusammenklappen ihrer Flügel;
- die drohende dauernde Übermacht der SPD nach ihrem Wahlerfolg von 1972;
- die Krise der CDU/CSU als Oppositionspartei, die sich weigerte, diese Rolle als legitim anzuerkennen;
- die Krise von Kreuth 1976, die eine bundesweite Ausdehnung der CSU als vierte Partei implizierte;
- die Krise der „Auflockerung“ des Parteiensystems durch wechselnde Koalitionen der FDP und Einzug der GRÜNEN in die Parlamente.²⁴

Damit waren die Krisen aber beileibe nicht beendet, denn allein in den letzten beiden Jahren wurde je ein Buch publiziert mit dem Titel „Parteien in

²⁴ Ulrich von Alemann, Parteiendemokratie und Bürgermitwirkung - 7 Thesen, in: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Demokratie als Teilhabe. Chancen der Mitwirkung am demokratischen Prozeß in Staat und Gesellschaft, Köln 1981, S. 111.

der Krise"²⁵ sowie „Parteien in der Krise?“.²⁶ Das jüngere Buch verspricht im Untertitel recht nüchtern „In- und ausländische Perspektiven“. Gerade den ausländischen Beobachtern der Bundesrepublik fällt es darin schwer, die Krisendiagnose aufzugreifen, während es den bundesdeutschen Leser der Kapitel über ausländische Parteiensysteme frösteln macht angesichts der akuten Probleme in einem britischen, österreichischen oder italienischen Parteiensystem.

Das vor zwei Jahren publizierte andere Buch trägt den dramatischen Untertitel „Das Parteiensystem der Bundesrepublik und der Aufstand des Bürgerwillens“. Einen Aufstand soll es gegeben haben, aber wo ist denn der deutsche Bürgerwillen tatsächlich aufgestanden? Sicher gab es die Friedensbewegung, die Umwelt-, die Frauenbewegung. Sie sollen in ihrer Bedeutung nicht verkleinert werden. Regelrechte Aufstände oder Revolten gegen die Parteien müssen mir allerdings entgangen sein.

„Krise“ ist ein abgestumpfter Begriff, der für die Parteien inflationär genutzt wird. Eine dramatische Zuspitzung konfliktorischer sozialer Situationen mit dem Risiko des Scheiterns - so kann der Krisenbegriff wohl für die Gesellschaftswissenschaften übersetzt werden. Dies macht Sinn bei der Stahlindustrie an Rhein und Ruhr, wo um die Existenzgrundlage großer Beschäftigtengruppen gekämpft wird. Beim Parteiensystem geht es nicht um Sein oder Nichtsein. Der Krisenbegriff ist viel zu dynamisch, um hier sinnvoll eingesetzt zu werden. Es geht hier in der Tat um Probleme, die viel langfristiger, chronischer Natur sind. Es geht um eingebaute Dilemmata, die kaum vermeidbar sind; es geht um nichtintendierte Nebenfolgen politischer Entwicklungen, die kaum vorhergesehen werden konnten.

Je effektiver der Parteiapparat, desto weniger spontan motiviert ist die Mitgliedschaft. Je intensiver die innerparteiliche Demokratie einschließlich ihrer innerparteilichen Oppositionsstrukturen, desto weniger gelingt die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, wie die Britische Labour Party demonstriert. Je mehr die Basispartei in Bürgerinitiativen aufgeht, desto weniger lassen sich langfristige, konsistente politische Konzeptionen mit breiten Mehrheiten entwickeln und durchsetzen. Je erfolgreicher Wahlkämpfe aus einem Guß gemanagt werden, desto schwerer fällt die langfristige Mitgliederpartizipation.

Die Rolle der politischen Parteien gegenüber dem Dreieck Bürgerschaft, politische Institutionen und ökonomische sowie organisierte Interessen ist schon immer prekär gewesen. Wenn sie sich zwischen diesen Spannungsfeldern unumstritten etabliert hätten, dann wäre wohl etwas falsch. Gerade die deutschen Parteien stehen mehr als andere vor der Versuchung, sich zu verstaatlichen. Wie kaum anderswo wirkt die Verrechtlichung der Politik daran

25 Christian Graf von Krockow, Peter Lösche (Hrsg.), Parteien in der Krise. Das Parteiensystem in der Bundesrepublik und der Aufstand des Bürgerwillens, München 1986.

26 Peter Haungs, Eckhard Jesse (Hrsg.), Parteien in der Krise? In- und ausländische Perspektiven, Köln 1987.

mit, wie kaum sonst wird die staatliche Parteienfinanzierung zur etatistischen Versuchung.

Die Parteienkritik redet zuviel von akuter Krise. Sie sollte mehr von chronischen Syndromen sprechen. In der aktuellen Parteienkritik dominieren auch zu stark die einfachen Thesen. Die Wirklichkeit ist verwickelter. Das trifft insbesondere auf zwei jüngere Publikationen über die großen Parteien zu. Durch das Buch von Peter Graf e über die CDU zieht sich das Leitmotiv vom Modernitätsvorsprung dieser Partei; in Wolfgang Michals Polemik wird die SPD als hoffnungslos altmodisch abgefeiert.²⁷

Die CDU wird wahrhaftig nicht programmatisch dominiert von der Zeitschrift „Sonde“ und organisatorisch beherrscht von der Planungsabteilung in der Bundesgeschäftsstelle, wo Graf e die Modernisierer jeweils lokalisiert. Die Mobilisierungs- und Motivierungsprobleme der Mitgliedschaft stehen denen der SPD kaum nach. Die Disparitäten und Konkurrenzen zwischen Regionen und „Branchen“ in den Vereinigungen der CDU sind in kaum einer Partei so gravierend und tiefgreifend wie hier. Erst recht sind kritische Einwände zu Michals SPD-Polemik angebracht. Sein temporeicher Rundumschlag zu Organisation, Personal und Politik der SPD verarbeitet viele wichtige Einzelkritik, insbesondere zur traditionalistischen Ortsvereinskultur und zur defizitären Motivation Jugendlicher. Aber die Alternativen zeigen Hilflosigkeit und Unsicherheit des Autors gegenüber jeglichen organisationspolitischen Erkenntnissen. Sein Rat: Abschied vom Verein, das heißt „Ortsvereine verwandeln sich in Bürgerinitiativen und denken und handeln wie Bürgerinitiativen“.²⁸

Herrliche Zeiten für konkrete politische Basisarbeit müßten anbrechen. Und die Parteiführungen und Apparate in Land und Bund wären damit endgültig der lästigen Basis enthoben, da diese sich als Bürgerinitiative in Einzelproblemen aufreißt. Denn beides kann man nicht haben: Bürgerinitiative sein und gleichzeitig Kontrolle, Kontinuität und Konzeptionsentwicklung gegenüber bundes- oder landesweiten Parteiorganisationen verwirklichen.

Die Krise der Parteien soll nicht zynisch oder beschwichtigend negiert werden, wozu beispielsweise das Bändchen von Heinrich Oberreuter tendiert.²⁹ Aber eine dreißig Jahre währende Krise wird unglaublich. Es gibt chronische Probleme der deutschen Parteien, es gibt sklerotische Erscheinungen in den Parteien, es gibt insbesondere Überforderungen und Überschätzungen, die für Glaubwürdigkeitsprobleme sorgen.

Tiefere Ursachen suchen

Nach der Flick- und der Barschel-Affäre wurde die Glaubwürdigkeit der Parteien thematisiert, nach dem Neue-Heimat-Skandal wurde die Glaubwür-

²⁷ Peter J. Graf e, Schwarze Visionen. Die Modernisierung der CDU, Reinbek bei Hamburg 1986; Wolfgang Michal, Die SPD - staatsreu und jugendfrei, Reinbek bei Hamburg 1988.

²⁸ Michal, a.a.O. S. 191.

²⁹ Heinrich Oberreuter, Parteien - zwischen Nestwärme und Funktionskälte, Zürich 1983.

digkeit der Gewerkschaften in Frage gestellt. Sicher nicht zu Unrecht. Allerdings existiert eine erstaunliche Asymmetrie in Thematisierungsfragen. Denn nach den tausenden Parteispendenverfahren gegen Unternehmen, nach Schmiergeldaffären bei der Atomwirtschaft wurde keineswegs die Glaubwürdigkeit der deutschen Unternehmer genauso pauschaliert, wie dies bei den Parteien passiert. Es herrscht eine eigenartige Diskrepanz beim Anlegen von Maßstäben.

Die Parteien wirken daran selbst eifrig mit, um durch die Medien ein Bild der Allzuständigkeit in den Köpfen zu verankern. Einem durchaus realen Bedeutungsverlust von Parteien und Parlamenten steht eine Deutungserhöhung durch die Medien gegenüber. Realen Einflußgewinn in der Politik erhalten Bürokratien und Verwaltungen, korporatistische Institutionen und Interessenbündel, Großinvestoren und Großforschungsinstitutionen. So konnte es zu einer prekären Umkehrung von Politik und Nichtpolitik kommen: „Das Politische wird unpolitisch und das Unpolitische politisch.“³⁰

Parteipolitik wird durch die Medien in persönliche Moral aufgelöst; Wirtschafts-, Wissenschafts- und Forschungsentscheidungen werden dagegen zu immer stärker politischen Determinanten unseres täglichen und zukünftigen Lebens.

Wenn schon, dann sind nicht allein die Parteien in einer Glaubwürdigkeitskrise. Auch die Experten, kirchlichen Autoritäten, moralischen Instanzen und insbesondere die berichtstattenden Medien selbst verlieren an Glaubwürdigkeit. Jüngere Untersuchungen zeigen bei den Medien einen besonders auffälligen Einbruch an Vertrauenswerten bei der Bevölkerung. Je mehr die Parteien in ihrer Selbstdarstellung von symbolischer Politik und von den vermittelnden Medien abhängig werden, desto eindeutiger werden Glaubwürdigkeitsdefizite von beiden verstärkt und von beiden erfahren.

Parteien sollen glaubwürdig sein - nicht mehr und nicht weniger - wie jede andere Institution, die für Leben, Gesundheit, Arbeit und Zukunft der Bürger mitverantwortlich ist. Und dies sind weiß Gott die politischen Parteien nicht allein.

Glaubwürdigkeit, so lautet die Schlußthese, ist nicht allein ein Problem der Person Barschel, der jahrelang mit seinem Politikstil beunruhigend großen Erfolg hatte. Glaubwürdigkeit ist mehr als die Abwesenheit von Lügen und Niedertracht à la Barschel und weniger zugleich. Mehr, weil neben dem Politiker das Umfeld aus Parteien, Regierungen, applaudierenden Medien und ökonomischen Interessen einbezogen werden muß; weniger, weil Glaubwürdigkeit nur eine Voraussetzung und Vorbedingung, aber keineswegs Garant für gute Politik sein kann.

30 Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M. 1986, S. 111.